

Nach Suez-Debatte: Linke kritisiert Verwaltung

Verhalten der Stadt sei eine Bankrotterklärung. Vorwürfe auch gegen SPD und CDU

Die Linke greift die Stadt und den politischen Gegner nach der Diskussion über die Erweiterung der Verbrennungsanlage von Suez an. Die Aussagen der Stadt und das Verhalten von SPD und CDU im Umweltausschuss seien einen „doppelte Bankrotterklärung“, heißt es.

Wie berichtet, hatte die Stadt u.a. erklärt, dass sie kein Veto gegen die Suez-Erweiterung an der Südstraße eingelegt habe, weil sie sich an Gesetze halten müsse. „Was ist unge-

setzlich daran, eine negative Stellungnahme abzugeben?“, fragt Linke-Rätsfrau Klaudia Scholz.

Es sei doch nicht verboten, „Nein“ zu einem Vorhaben zu sagen. Die Stadt tue dies ja auch, wenn es in ihrem Interesse sei: „Siehe die negative Stellungnahme gegenüber dem geplanten Neubau zweier Möbelhäuser in Dortmund.“

Kritik übt die Linke auch an SPD



Klaudia Scholz,
Linke

FOTO: OH

und CDU, die im Ausschuss die Informationspolitik der Behörden bemängelt hatten. Linke-Chef Daniel Kleibömer erklärt dazu, dass sowohl die Bezirksregierung als auch die Stadt das getan hätten, was vorgeschrieben sei. Nämlich: wichtige Informationen über das Verfahren „im Nirwana des Internets“ veröffentlichen. Wenn schon Hauptamtliche von SPD und CDU Anträge, Geneh-

migungen, Sicherheitsberichte u.ä. nicht fänden, wie solle das erst ein Einwohner schaffen, fragt er.

Knackpunkt sei aber etwas Anderes: Noch im Dezember habe die Linke im Rat zwei Anträge gestellt, die genau diesen Mangel an Transparenz und Informationsfluss beheben sollten. Zum einen sollte die Stadt einen „Beteiligungsleitfaden“ entwickeln, so der Linke-Vorsitzende. Und zum anderen sollte eine „Informationsfreiheitssatzung“ erlassen

werden. Beides sei von jenen Parteien abgelehnt worden, die sich nun beschwerten: SPD und CDU.

Der Eindruck entstehe, dass die beiden Parteien auf einen Zug aufspringen wollten, der nicht mehr so leicht zu stoppen sei: der breite Protest gegen Suez. Stadt, SPD und CDU könnten nun demonstrieren, dass es ihnen ernst sei - zum Beispiel durch die Unterstützung einer Klage gegen die sich abzeichnende Genehmigung der Erweiterung. loc